

## Rechtsinformationsdienst

Ausgabe: private Mandanten / Mai 2011

### Familien- und Erbrecht

#### *Überstimmung eines Miterben bei Grundstücksverkauf*

Eine Erbengemeinschaft wollte ein unteilbares Grundstück verkaufen, um das restliche Erbe damit teilbar zu machen. Einer der Miterben war mit dem Kaufpreis nicht einverstanden und verweigerte seine Zustimmung zu dem Geschäft. Das Oberlandesgericht Koblenz verurteilte den widerspenstigen Miterben, dem notariellen Vertragsschluss zuzustimmen und so die Grundstücksveräußerung zu ermöglichen.

Das Gericht wertete den Verkauf als ordnungsgemäße Verwaltungsmaßnahme im Sinne des § 2038 BGB, die aufgrund einer mehrheitlichen Entscheidung durchgeführt werden kann. Die Verwaltung des Nachlasses kann nicht nur in der Sicherung, Erhaltung und Nutzung bestehen, sondern auch in der Veräußerung von Nachlassgegenständen, wenn sie - wie hier - keine „wesentliche Veränderung“ des Nachlasses nach sich zieht. In diesem Fall reicht ein Mehrheitsbeschluss aus.

Urteil des OLG Koblenz vom 22.07.2010  
5 U 505/10 - ErbR 2011, 17

#### *BVerfG stärkt Unterhaltsansprüche geschiedener Ehegatten*

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) zur Berechnung des nachehelichen Unterhalts korrigiert und die Ansprüche geschiedener Ehegatten gestärkt. Hat der Unterhaltspflichtige wieder geheiratet, hat der BGH den Unterhaltsbedarf des geschiedenen Ehegatten zuletzt in der Weise ermittelt, dass seine Einkünfte ebenso wie diejenigen des Unterhaltspflichtigen und dessen neuen Ehepartners zusammengefasst und durch drei geteilt wurden (sog. Dreiteilungsmethode). Dies führte in der Regel zu einer nachträglichen Kürzung der Unterhaltsansprüche des geschiedenen Ehegatten.

Die Verfassungsrichter beanstandeten, dass die Bestimmung des Unterhaltsbedarfs nicht - wie im Gesetz geregelt - nach den „ehelichen Lebensverhältnissen“ der aufgelösten Ehe vorgenommen wird, sondern die „wandelbaren ehelichen Lebensverhältnisse“ zugrunde gelegt werden und unter Anwendung der Dreiteilungsmethode der Unter-

haltsbedarf letztlich nach den tatsächlichen Lebensverhältnissen und finanziellen Ausstattungen wie Belastungen der Geschiedenen zum Zeitpunkt der Geltendmachung des Unterhalts unter Einbeziehung auch des Einkommens des neuen Ehegatten ermittelt wird. Diese Berechnungsmethode belastet den geschiedenen Ehegatten einseitig zugunsten des Unterhaltspflichtigen und dessen nachfolgenden Ehegatten. Das widerspricht dem Gesetz. Im Ergebnis darf eine neue Heirat den Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten nicht mehr beeinträchtigen.

Urteil des BVerfG vom 25.01.2011  
1 BvR 918/10  
FamRZ 2011, 437

#### *Ausbildungsunterhalt: Eltern müssen Studienaufenthalt im Ausland finanzieren*

Ist ein Auslandssemester für die Berufsausbildung (hier: Studiengang Sinologie bzw. Ostasienwissenschaften) sinnvoll und wird es von der Universität insbesondere zum Erlernen der schwierigen chinesischen Sprache „dringend angeraten“, sind Eltern bei guten Einkommensverhältnissen auch dann zu Unterhaltsleistungen während eines Auslandsstudienjahres verpflichtet, wenn die Regelstudienzeit dadurch überschritten wird.

Urteil des OLG Karlsruhe vom 24.02.2011  
2 UF 45/09  
Wirtschaftswoche Heft 11/2011, Seite 103

### Miet- und Grundstücksrecht

#### *Hausverkäufer haftet für arglistiges Maklerverhalten*

Der Verkäufer einer Immobilie muss sich Äußerungen des von ihm beauftragten Maklers gegenüber dem Käufer zumindest dann nicht zurechnen lassen, wenn der Vermittler seine Tätigkeit auf das Anbieten reiner Maklerdienste ohne Einbindung in die Erfüllung von Haupt- oder Nebenpflichten des Verkaufsinteressenten beschränkt. Ist dem Grundstücksmakler von dem späteren Verkäufer hingegen die selbstständige Führung der wesentlichen Vertragsverhandlungen überlassen worden, rechtfertigt dies die Zurechnung einer durch den Makler begangenen arglistigen Täuschung.

In dem entschiedenen Fall hatte der Makler wahrheitswidrig gegenüber dem späteren Käufer eines Einfamilienhauses angegeben, die Ursache der im Keller festgestellten Feuchtigkeit sei durch Straßenbauarbeiten mittlerweile behoben. Darin sah das Oberlandesgericht Stuttgart ein arglistiges Verschweigen eines Mangels. Der Erwerber konnte daher trotz des vereinbarten Gewährleistungsausschlusses wegen der Feuchtigkeit im Keller den Kaufpreis mindern.

Beschluss des OLG Stuttgart vom 24.01.2011  
13 U 148/10 - MDR 2011, 284

#### *Modernisierungserhöhung auch ohne Ankündigung*

Nach § 554 BGB muss der Vermieter dem Mieter spätestens drei Monate vor Beginn der Modernisierungsmaßnahmen deren Art, den voraussichtlichen Umfang und Beginn sowie die voraussichtliche Dauer und die zu erwartende Mieterhöhung schriftlich mitteilen.

Der Bundesgerichtshof stellt nunmehr klar, dass eine Erhöhung der Miete wegen einer durchgeführten Modernisierungsmaßnahme durchaus auch dann möglich ist, wenn eine schriftliche Mitteilung an den betroffenen Mieter unterblieben ist. Die Ankündigung soll es dem Mieter lediglich ermöglichen, sich auf die zu erwartenden Baumaßnahmen in seiner Wohnung einzustellen und ggf. sein Sonderkündigungsrecht auszuüben. Ein Verstoß gegen die schriftliche Ankündigungspflicht beschränkt hingegen nicht die Befugnis des Vermieters, die Kosten einer tatsächlich durchgeführten Modernisierung nach § 559 Abs. 1 BGB auf den Mieter umzulegen.

Urteil des BGH vom 02.03.2011  
VIII ZR 164/10 - BGH online

#### *Betriebskostenzahlung bei vorzeitigem Auszug*

Ist ein Mieter vor Beendigung des Mietverhältnisses aus der Wohnung ausgezogen, bleibt er gleichwohl bis zum Ende der Mietzeit zur Zahlung der Warmmiete verpflichtet. Er darf auch die Vorauszahlungen auf die Betriebskosten nicht zurückbehalten. Diese muss der Vermieter am Ende ordnungsgemäß abrechnen.

Urteil des AG Leipzig vom 12.04.2010  
162 C 6252/09 - Pressemitteilung des AG Leipzig

## Rechtsinformationsdienst

Ausgabe: private Mandanten / Mai 2011

### *Sonderkündigungsrecht im Zweifamilienhaus*

In § 573a Abs. 1 BGB ist geregelt, dass das Mietverhältnis über eine Wohnung in einem vom Vermieter selbst bewohnten Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen vom Vermieter auch dann gekündigt werden kann, wenn kein Kündigungsgrund (insb. Eigenbedarf) vorliegt. Ein Wohnhaus, in dem sich neben je einer Wohnung im Erdgeschoss und im Obergeschoss eine selbstständig als Wohnung nutzbare Einliegerwohnung im Untergeschoss befindet, ist nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs dann kein „Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen“, wenn der Vermieter neben der Erdgeschosswohnung auch die Einliegerwohnung nutzt.

Urteil des BGH vom 17.11.2010  
VIII ZR 90/10 - NJW-RR 2011, 158

### Reiserecht

#### *Sturz bei Ausstieg aus Transferbus*

Stolpert ein Reisender nach dem Ausstieg aus dem Transferbus auf dem Parkplatz vor dem wartenden Kreuzfahrtschiff über eine gelb angestrichene, deutlich sichtbare Schwelle, stellt dies die „Verwirklichung des allgemeinen Lebensrisikos“ dar. Den Reiseveranstalter trifft keine Verpflichtung, Reisende vor ohnehin deutlich sichtbaren Parkplatzschwellen zu warnen.

Urteil des AG Rostock vom 13.08.2010  
47 C 225/10 - RRA 2011, 55

#### *Reisemangel: nicht fertig gestelltes Hotel*

Im Hotelprospekt eines angeblich bereits fertig gestellten Hotels mit dem außergewöhnlichen Urlaubserlebnis eines „Xperience-Cluburlaubs“ wurden besondere Einrichtungen wie z.B. Kinoleinwand am Strand, Beachbar, Spielplatz etc. erwähnt. Bei der Ankunft eines Hotelgastes waren jedoch allein fünf der zehn im Prospekt hervorgehobenen „Xperience-Attraktionen“ äußerst mangelhaft bzw. erst gar nicht vorhanden.

Das Landgericht Frankfurt am Main sah das Hotel demnach entgegen den Behauptungen im Reiseprospekt als noch nicht fertig gestellt an und sprach

dem Reisenden eine erhebliche Minderung des Reisepreises von 30 Prozent zu.

Urteil des LG Frankfurt vom 28.06.2010  
2-24 S 183/09  
RRa 2011, 54

### Verkehrsrecht

#### *Unsicherer Autofahrersitz*

In einem Neuwagen der Premiumklasse (Kaufpreis über 50.000 Euro) funktionierte der als Sonderausstattung vorhandene Sitzpositionsspeicher nicht ordnungsgemäß. Die Sitzposition wechselte bisweilen unvermittelt auch während der Fahrt. Scheitern in einem derartigen Fall mehrere Reparaturversuche des Vertragshändlers, ist der Käufer nach einem Urteil des Landgerichts Coburg berechtigt, den Wagen gegen Rückzahlung des Kaufpreises zurückzugeben. Für die Zeit der Nutzungsdauer muss er sich allerdings einen angemessenen Wertersatz anrechnen lassen.

Urteil des LG Coburg vom 25.08.2010  
13 O 637/08 - Justiz Bayern online

#### *Keine generelle Radwegebenutzungspflicht*

Ein Radweg muss nur dann benutzt werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine das allgemeine Risiko übersteigende, besondere Gefahrenlage besteht. Ermöglichen Fahrbahnbreite, Straßenverlauf und Übersichtlichkeit des Straßenabschnittes ein gefahrloses Überholen von Radfahrern, sind diese nicht ausnahmslos an ein aufgestelltes Verkehrsschild gebunden, durch das ihnen die Benutzung des Radwegs vorgeschrieben wird. Ist der Radweg z.B. wegen Verschmutzung oder Eisglätte nicht gefahrlos befahrbar, dürfen Radfahrer auf die Fahrstraße wechseln.

Urteil des BVerwG vom 18.11.2010  
3 C 42/09 - SVR 2011, 118

#### *Geldbuße bei besonderer beruflicher Stellung*

Ein Landtagsabgeordneter wurde vom Amtsgericht wegen Nichteinhaltung des gebotenen Sicherheitsabstandes auf der Autobahn zu einer Geldbuße von 500

Euro verurteilt. Die erhebliche Erhöhung des Regelsatzes von 100 Euro begründete das Gericht u.a. damit, dass sich der Verkehrssünder „ganz offensichtlich seiner Vorbildfunktion als Landtagsmitglied nicht einmal ansatzweise bewusst“ sei. Diese Argumentation ließ das Oberlandesgericht Bamberg nicht gelten.

Eine Berücksichtigung der beruflichen oder sozialen Stellung des Betroffenen kann zu dessen Nachteil im Einzelfall nur dann als zulässiges Strafbemessungskriterium in Betracht kommen, wenn zwischen seiner beruflichen oder sozialen Stellung und der Begehung der Ordnungswidrigkeit eine innere Beziehung besteht. Das konnte hier nicht festgestellt werden. Zu einer Erhöhung des Regelsatzes führten allerdings eine Reihe kurz hintereinander begangener Voreintragungen. Die Geldbuße wurde letztlich auf 150 Euro reduziert.

Beschluss des OLG Bamberg vom 29.11.2010  
3 Ss OWi 1660/10  
NZV 2011, 149

#### *Ungeklärter Auffahrunfall auf BAB*

Fährt ein Autofahrer auf der Autobahn auf ein vor ihm fahrendes Fahrzeug auf, spricht gegen ihn nur dann der sogenannte Anscheinsbeweis, dass er den Unfall wegen unzureichenden Abstandes oder Unaufmerksamkeit verursacht hat, wenn bewiesen oder unstreitig ist, dass der Auffahrende nach einem Fahrstreifenwechsel des Vordermanns über eine ausreichende Zeit hinter dem Fahrzeug hergefahren ist, um einen ausreichenden Sicherheitsabstand aufzubauen. Ist letztlich nicht zu klären, ob ein Fahrstreifenwechsel oder ein unachtsames Auffahren die Unfallursache war, ist eine hälftige Haftungsteilung vorzunehmen.

Urteil des BGH vom 30.11.2010  
VI ZR 15/10  
DAR 2011, 134

### Versicherungsrecht

#### *Unfallversicherung: Gericht billigt „Psychoklausel“*

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat keine rechtlichen Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit sogenannter Psychoklauseln, mit denen in den Vertragsbedingungen von Unfallversicherungen Leistungen für psychische Folgen eines Unfalls

## Rechtsinformationsdienst

Ausgabe: private Mandanten / Mai 2011

ausgeschlossen sind, sofern sich der psychische Zustand des Versicherten nicht unmittelbar durch körperliche Schäden, wie etwa eine Hirn- oder Nervenschädigung, verschlechtert hat. Damit können Unfallopfer in der Regel nicht mehr geltend machen, dass als mittelbare Unfallfolge durch die Verarbeitung des Unfallgeschehens psychische Probleme wie z.B. Depressionen aufgetreten sind.

Urteil des OLG Frankfurt vom 09.12.2010  
7 U 170/09 - Justiz Hessen online

### *Nutzungsausfall bei Kaskoversicherung*

Wer infolge eines Verkehrsunfalls während der Reparatur auf sein Fahrzeug verzichten muss, kann vom Unfallverursacher bzw. dessen Haftpflichtversicherung entweder die Kosten für einen Mietwagen oder sogenannten Nutzungsausfall beanspruchen. Im Rahmen einer Kaskoversicherung besteht nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm hingegen auch dann kein entsprechender Anspruch auf Nutzungsausfall, wenn die Versicherung mit ihrer Entschädigungsleistung nach erfolgter Mahnung in Verzug gerät und der Versicherte demzufolge das Fahrzeug für eine gewisse Zeit nicht nutzen kann.

Urteil des OLG Hamm vom 15.12.2010  
I-20 U 108/10 - jurisPR-VerKR 5/2011, Anm. 3

### **Arbeits- und Sozialrecht**

#### *Kündigung eines Berufskraftfahrers wegen privater Trunkenheitsfahrt*

Gegen einen Berufskraftfahrer, der wegen einer privaten Trunkenheitsfahrt seinen Führerschein und so dann durch Kündigung des Arbeitgebers auch seine Arbeitsstelle verloren hat, kann eine Sperrfrist für den Bezug des Arbeitslosengeldes angeordnet werden.

Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.02.2011  
L 8 AL 3458/10  
Pressemitteilung des LSG Baden-Württemberg

#### *Anspruch auf Privatnutzung des Dienstwagens bei langer Arbeitsunfähigkeit*

Die Überlassung eines Dienstwagens an einen Arbeitnehmer zur privaten Nutzung stellt einen geld-

werten Vorteil und Sachbezug dar. Daher erlischt das Nutzungsrecht eines arbeitsunfähigen Mitarbeiters mit Ende des Entgeltfortzahlungszeitraums (in der Regel sechs Wochen). Das in der Folgezeit gezahlte Krankengeld stellt keine Arbeitsvergütung dar. Mit Beendigung der Arbeitsunfähigkeit lebt auch der Anspruch auf Überlassung des Dienstwagens wieder auf.

Urteil des BAG vom 14.12.2010  
9 AZR 631/09 - RdW Heft 3/2011, Seite III

### *Hartz IV: ein Kinderzimmer für zwei kleine Kinder*

Einer Familie, die von der Sozialhilfe lebt, ist es nach einer Entscheidung des Sächsischen Landessozialgerichts in der Regel zuzumuten, dass sich zwei Kinder im Vorschulalter ein gemeinsames Kinderzimmer teilen. Auch ist ein zwölf Quadratmeter großes Zimmer für zwei Kinder dieses Alters ausreichend groß. Notfalls muss durch eine geschickte Möblierung (z.B. Stockbetten) der notwendige Platz geschaffen werden.

Beschluss des Sächsischen LSG vom 04.03.2011  
L 7 AS 753/10 B ER  
Pressemitteilung des Sächsischen LSG

### **Verbraucherrecht**

#### *Kündigung eines Fitnessstudio-Vertrags wegen Schwangerschaft*

Ein Vertrag mit einem Fitnessstudio kann vorzeitig gekündigt werden, wenn der Kunde wegen einer Erkrankung keinen Sport an Fitnessgeräten mehr ausüben kann. Dieses Kündigungsrecht kann auch nicht wirksam in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Betreibers ausgeschlossen werden.

Obwohl eine Schwangerschaft keine Erkrankung ist, sprach das Amtsgericht München einer werdenden Mutter das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrags mit einem Fitnessstudio zu, wenn sie darlegen kann, dass es für sie angesichts der Schwangerschaft belastend und nicht zumutbar ist, weiter sportlich tätig zu sein.

Urteil des AG München vom 09.06.2010  
251 C 26718/09 - NJW-RR 2011, 67

### *IT-Verträge: unwirksame Kündigungsklausel bei nur geringfügigem Zahlungsrückstand*

Ein Telekommunikationsanbieter von Mobilfunk-, DSL- und Webhosting-Leistungen ist nicht berechtigt, den Zugang zu den vertraglich vereinbarten Dienstleistungen zu versagen, wenn sich der Kunde mit verhältnismäßig geringen Beträgen in Zahlungsverzug befindet.

Vertragsklauseln, die dem Anbieter ein generelles Kündigungsrecht einräumen, wenn der Kunde „mit der Zahlung der Entgelte mehr als 20 Kalendertage in Verzug gerät“, ohne dabei die Höhe des Zahlungsrückstandes zu berücksichtigen, sind nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz wegen unangemessener Benachteiligung des Vertragspartners unwirksam.

Urteil des OLG Koblenz vom 30.09.2010  
2 U 1388/09  
ITRB 2011, 55

### **Bankrecht**

#### *Keine Kontoführungsgebühren für Darlehenskonten*

Banken und Sparkassen dürfen in Allgemeinen Bankbedingungen ihren Kunden nicht zusätzliche Kontoführungsgebühren für Darlehenskonten auferlegen. Die Verwaltung von Zins- und Tilgungszahlungen liegt allein im Interesse des Kreditinstituts und darf daher nicht den Kunden in Rechnung gestellt werden. Anderslautende Vertragsklauseln benachteiligen Bankkunden in unzumutbarer Weise.

Hinweis: In einem ähnlich gelagerten Fall hielt das Oberlandesgericht Stuttgart (2 U 30/10) die Kontoführungsgebühr für rechtmäßig. In dieser Sache steht noch die Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshofs aus (Aktenzeichen XI ZR 388/10).

Urteil des OLG Karlsruhe vom 08.02.2011  
17 U 138/10 - BB 2011, 450